



Haushalts- und Finanzausschuss

58. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

13. Dezember 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Zukunft der WestLB AG	8
Bericht des Finanzministeriums	
– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	8
– Aussprache	12

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 12 siehe nöAPr 14/115

- 2 Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. Dezember 2007 über die Verfassungsbeschwerde der Bundesstadt Bonn und 20 weiterer Gemeinden des Landes gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006** 40
- Vorlage 14/1527
- Bericht des Finanzministers
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 40
 - Aussprache 41
- 3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2008** 52
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4602 und 14/5350
Drucksache 14/5517
- Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung
- Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung Drucksachen 14/4602 und 14/5350 in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert **anzunehmen**.
- Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)
- 4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)** 53
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350
Drucksachen 14/5500 bis 14/5506, 14/5508, 14/5510 bis 14/5515 und
14/5520
- Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

(Der **Bericht** des HFA **Drucksache 14/5750** enthält im Anhang die **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse**. In diesem Protokoll werden nur die **Diskussionsbeiträge** wiedergegeben.)

Anträge 02/01 bis 10/03	53
Antrag 12/01	55
Antrag 20/03	55
Haushaltsmittel 2008 für die Kontaktpflege zwischen deutschen und israelischen Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen und Israel	56
Ausgleich des Haushalts	56

Der Ausschuss **fasst** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP sowie der Ausschussvorsitzenden bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen den auf Seite 5 der Drucksache 14/5750 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den heute beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Harald Schartau (SPD)

5 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2011 mit Finanzbericht 2008 **58**

Unterrichtung
durch die Landesregierung
Drucksache 14/4601

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen, die **Finanzplanung** Drucksache 14/4601 **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatterin: Angela Freimuth (FDP)

6 Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie zur Änderung besoldungs-, versorgungs- und dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen **59**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/5198

Stellungnahmen 14/1671 bis 14/1676

Zuschriften 14/1215 zu Zuschrift 14/1127 und 14/1244

Ausschussprotokoll 14/545

Vorlage 14/1525

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen muss Beamtinnen und Beamte mit Familien verfassungskonform besolden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4253

Schlussberatung und Abstimmung

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen der CDU, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (*wiedergegeben im Ausschussbericht Drucksache 14/5804, Seiten 26 ff.*) wird bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD einstimmig **angenommen**.

Der Ausschuss **empfiehlt** in seiner Schlussabstimmung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/5198** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Anschließend **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Antrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/4253 abzulehnen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

- 7 Verkauf der LEG 61**
Vorlage 14/1467
Zuschrift 14/1238
Bericht des Finanzministers
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 61
 - Aussprache 62
- 8 Reform der Erbschaftsteuer 65**
Vorlage 14/1473
Bericht des Finanzministeriums
- Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.
- 9 Föderalismuskommission II für eine zukunftsfähige Gestaltung der Finanzsysteme nutzen 66**
Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4338
Beschluss über die Durchführung eines Expertengesprächs
gemäß § 56 Abs. 1 GeschO
- Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem Antrag der Fraktion der Grünen Drucksache 14/4338 ein **Expertengespräch** gemäß § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags am 14. Februar 2008, 13 Uhr, durchzuführen.
- 10 Entwurf eines Bundesgesetzes zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungsgesetz) 67**
Vorlage 14/1412
Bericht des Finanzministeriums

Der Bericht soll schriftlich erfolgen.

11 Verschiedenes**68**

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zum **Fünften Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes** – Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/5336** – am 10. Januar 2008 eine **gemeinsame Anhörung** mit dem federführenden Ausschuss durchzuführen.

* * *

4 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350

Drucksachen 14/5500 bis 14/5506, 14/5508, 14/5510 bis 14/5515 und 14/5520

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

*(Der **Bericht** des HFA **Drucksache 14/5750** enthält im Anhang die **Änderungsanträge** mit Begründung sowie die **Abstimmungsergebnisse**. In diesem Protokoll werden nur die **Diskussionsbeiträge** wiedergegeben.)*

Anträge 02/01 bis 10/03

Hans-Theodor Peschkes (SPD) führt aus, über alle diese Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen bräuchte man nicht zu diskutieren, wenn man seinerzeit auf die Opposition gehört hätte. Die Opposition habe davor gewarnt, die Glücksspielerträge zu etatisieren, sondern sich dafür ausgesprochen, sie weiterhin direkt den Destinatären zu geben, und sie habe auch davor gewarnt, die Glücksspielerträge umzuverteilen. Was bei der Umstellung herausgekommen sei, habe man bei der Anhörung vernommen: Es sei ein Desaster für den gesamten Sport. Der Präsident des Landessportbundes habe davon gesprochen, dass der Sport ums Überleben kämpfe.

Die Veränderungen, die die Regierungsfaktionen heute beantragten, reichten hinten und vorne nicht, weder für das kommende Jahr noch für die Zukunft. Es sei keine Nachhaltigkeit in der Finanzierung des Sports erkennbar. Nach Aussagen des Präsidenten des Landessportbundes fehlten 3,3 Millionen €. Alle Erhöhungsanträge zusammengerechnet ergäben eine Heilung in Höhe von nur 1,85 Millionen €. Der Landessportbund habe in seiner Not den Ministerpräsidenten angerufen. Der Finanzminister habe in der letzten HFA-Sitzung erklärt, dass man sich in guten Gesprächen befinde. Von einem guten Ergebnis könne heute aber nicht die Rede sein.

Die SPD-Fraktion lehne die Anträge ab, weil sie dem Sport nicht gerecht würden.

Angela Freimuth (FDP) fragt, wo denn die Änderungsanträge der SPD-Fraktion zu diesem Punkt zu finden seien.

Volkmar Klein (CDU) versteht, dass Herr Peschkes gerne mehr Geld für den Sport möchte. Es sei aber schon lange eine Tatsache, dass die Glücksspielerträge an verschiedene Destinatäre, auch an den Sport, ausgeschüttet würden. Diese Glücksspielerträge seien seit geraumer Zeit rückläufig, sodass auch weniger Geld bei den Destinatären ankomme.

Wenn die Regierungsfractionen es nun geschafft hätten, über die Glücksspielerträge hinaus zusätzliche Mittel für den Sport in Höhe von einer Million € zu mobilisieren, sei das eine sehr gute Entscheidung für den Sport. Das sei erst einmal festzuhalten. Natürlich könne man sagen, noch mehr Geld wäre für den Sport besser, aber das sei eine Binsenweisheit.

Über den Sport hinaus leisteten auch alle anderen Destinatäre eine für das Land wichtige Arbeit. Wenn insgesamt 2,5 Millionen € zusätzliche Mittel in den Topf für die Destinatäre kämen, sei es richtig, diese nach dem bekannten Schlüssel zu verteilen, sodass bei allen Destinatären mehr Mittel für ihre wichtige Arbeit ankämen.

Aus seiner Sicht sei das ein gutes Ergebnis, dem eigentlich alle Seiten des Hauses zustimmen könnten.

Johannes Remmel (GRÜNE) bemerkt, die nackte Not habe die Regierungsfractionen dazu getrieben, zwischen zweiter und dritter Lesung noch diese Anträge zu stellen. Beide Oppositionsfractionen hätten schon nach der Anhörung massiv darauf hingewiesen, dass es erhebliche Defizite gerade beim Sport gebe. Offensichtlich habe erst die Unterredung beim Ministerpräsidenten gefruchtet.

Dahinter stecke ein grundsätzliches Problem: Alle Destinatäre hätten aufgrund der Kopplung an die Glücksspielerträge immer eine Planungsunsicherheit. Diese werde eher größer. Um den ehrenamtlichen Bereich abzusichern, sei es notwendig zu überlegen, wie man längerfristig zu einer stabileren Finanzierung komme.

Seine Fraktion werde den Erhöhungsanträgen zustimmen.

Hans-Theodor Peschkes (SPD) entgegnet Frau Freimuth, das Grundproblem habe schon beim Haushalt 2007 bestanden. Da habe die SPD-Fraktion auf die Entwicklung hingewiesen und die entsprechenden Anträge gestellt. Sie seien alle von der Koalition abgelehnt worden.

Was die Sportpolitik insgesamt angehe, habe er seit Beginn dieser Legislaturperiode keinen Antrag der Koalitionsfractionen gesehen, wohl aber jede Menge Anträge der Oppositionsfractionen, die von den Fachleuten unterstützt worden, aber trotzdem von CDU und FDP abgelehnt worden seien.

Festzuhalten sei auch, dass die Koalition bei der Systemumstellung den Sportverbänden und den anderen Destinatären Zusagen gemacht habe, worauf diese sich verlassen hätten. Die Zusagen seien nicht eingehalten worden.

Im Übrigen seien die Glücksspielerträge nur im ersten Quartal 2007 rückläufig gewesen. Trotz danach wieder steigender Erträge habe die Regierung den Haushaltsentwurf so aufgestellt – wohl wissend, dass sie damit die steigenden Erträge zulasten des Sports dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung stelle.

Antrag 12/01

Gisela Walsken (SPD) bittet zu erläutern, worin der Mehrwert bestehe, wenn die hier beantragten Haushaltsvermerke so verabschiedet würden.

Nach Angaben von **Volkmar Klein (CDU)** soll mit dem Antrag erreicht werden, dass Minderausgaben direkt den Personalverstärkungsmitteln im Einzelplan 20 zufließen könnten. Die Koalitionsfraktionen betrachteten das – je nach der im Moment noch nicht absehbaren Entwicklung bei PEM – als notwendige Flexibilisierung, die schon jetzt per Haushaltsvermerk festgehalten werden solle.

Für **Gisela Walsken (SPD)** erschließt sich damit noch nicht der Vorteil der als Nr. 2 und Nr. 3 beantragten Haushaltsvermerke. Sie habe auch nichts dagegen, wenn die Landesregierung das erläutere.

MR Bongartz (FM) führt aus, mit der Nr. 1 werde die normalerweise geltende Regelung, wonach Personalausgaben, die in den Kapiteln verblieben, zu 75 % übertragen werden könnten und insoweit nicht dem Verstärkungstitel in Einzelplan 20 zufließen, aufgehoben. Damit fließen alle Ausgabemittel, die bei PEM verblieben, zu hundert Prozent zurück.

Die Einrichtung der beiden anderen Haushaltsvermerke sei eine Reparatur: Die Korrespondenz-Haushaltsvermerke, die zu Kapitel 20 020 Titel 461 11 in allen Haushaltskapiteln vorhanden seien, seien im Einzelplan 12 vergessen worden. – Dies heiße, dass es auch Verstärkungsmöglichkeiten in das PEM-Kapitel hinein gebe.

Antrag 20/03

Gisela Walsken (SPD) hat der Begründung dieses Antrages entnommen, dass für 2007 bei der WestLB ein Verlust erwartet werde und die stille Einlage daran teilnehmen solle. Sie hätte erstens gerne gewusst, aufgrund welcher Vertragsgrundlagen auf die stille Einlage ein Verlustanteil entfalle, und zweitens, ob die stille Einlage in den Vorjahren auch an den entsprechenden Gewinnen teilgenommen habe und wo dies im Haushaltsplan nachvollzogen werden könne.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet, Ziel des Antrages sei die Herstellung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Titel 682 00 und 831 12. Für den Eventualfall, dass die stille Einlage an einem Verlust der WestLB 2007 teilnehme, werde so haushaltsmäßige Vorsorge getroffen. Damit werde die Möglichkeit geschaffen, das Geld bei Titel 682 00 als Zuschuss an die Finanzierungsgesellschaft zu verausgaben, so weit dem Geldtransfer an die Finanzierungsgesellschaft kein Aktienwerb gegenüberstehe.

Das heiße: Das Land müsse 2008 die volle Summe von 108 Millionen € einbezahlen. Aufgrund des Verlustes bezahle die WestLB aber weniger in Aktien. Diesen Verlust müsse das Land abdecken.

Gisela Walsken (SPD) fragt nach, ob denn die stille Einlage auch an der Gewinn-situation der Bank in den Jahren 2005 und 2006 beteiligt gewesen sei und wo das nachvollzogen werden könne.

Weitere interessiere sie, um was für einen Betrag es sich bei den 7,748 Millionen € handele, die bei Titel 682 00 als Ist-Ausgaben 2006 aufgeführt seien.

Die stille Einlage sei am Gewinn beteiligt gewesen, antwortet **Minister Dr. Helmut Linssen (FM)** auf die erste Frage. Zwar habe es keine Dividende gegeben, weil die Sparkassenverbände vereinbarungsgemäß eine Vorzugsdividende erhalten hätten. Aus den Gewinnen der Bank sei jedoch die stille Einlage aufgefüllt worden.

Gisela Walsken (SPD) spricht sich dafür aus, in den nächsten Tagen ein Berichter-stattergesprch durchzuführen, was die **Vorsitzende** befürwortet.

Haushaltsmittel 2008 für die Kontaktpflege zwischen deutschen und israe-lischen Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen aus Nordrhein-Westfalen und Israel

Vorsitzende Anke Brunn fragt den Finanzminister, ob ein Schreiben des Landtags-vizepräsidenten Moron zu den Mitteln für das deutsch-israelische Jugendwerk be-antwortet worden sei.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) antwortet, er habe Herrn Moron dazu geschrie-ben. Aus seiner Sicht müsse kein zusätzlicher Betrag etatisiert werden, weil die Zwe-cke bereits in verschiedenen Etats bedacht würden. Er gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit erledigt sei.

Ausgleich des Haushalts

Die Frage der **Vorsitzenden Anke Brunn**, ob ein Haushaltsausgleich erforderlich sei, verneint **RD Inge Schlupp (FM)**. Der Haushalt sei ausgeglichen; die Nettoneu-verschuldung bleibe unangetastet. Lediglich das Haushaltsvolumen erhöhe sich um 2,5 Millionen € auf 51.234.554.400 €.

Der Ausschuss **fasst** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP sowie der Ausschussvorsitzenden bei Stimm-enthaltung der Fraktionen der SPD und der Grünen den auf Seite 5 der Drucksache 14/5750 wiedergegebenen **Bereini-gungsbeschluss**.

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** Drucksachen 14/4600, 14/5200 und 14/5350 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den heute beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Harald Schartau (SPD)

